

Niederschrift

über die 10. Sitzung des Rates am 24.09.2015
(9. Wahlperiode)

Tag es ordnung

Seite

Öffentliche Sitzung	5
1 Verpflichtung eines Ratsmitgliedes	5
2 Vereidigung des Technischen Beigeordneten Michael Assenmacher und Urkundenverleihung	5
3 Einwohnerfragestunde	5
4 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56, Meerbusch-Osterath im Bereich des Kindergartens "Knirpsmühle" 1. Beschluss über Stellungnahmen 2. Änderung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56, Meerbusch-Osterath im Bereich des Kindergartens "Knirpsmühle" 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB Vorlage: FB4/0267/2015	6
5 Fortführung der Maßnahmen des Integrierten Klimaschutzkonzeptes Vorlage: FB1/0249/2015	7
6 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Düsseldorf zum Bau der Verlängerung Böhlerstraße Vorlage: DezIII/0275/2015	7
7 Neufassung der Geschäftsordnung des Rates Vorlage: ZD/0286/2015	8
8 Vorschriften für die Haushaltswirtschaft nach der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) Vorlage: SFI/0248/2015	8
9 Maßnahmen und Standorte für die Unterbringung von Flüchtlingen in Meerbusch Vorlage: FB2/0293/2015	8
10 Berufung eines stellvertretenden Mitglieds in den Seniorenbeirat Vorlage: FB2/0289/2015	11
11 Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses gemäß § 5 Absatz 1 AG-KJHG Vorlage: ZD/0090/2015	11
12 Anträge	12

12.1	Antrag der UWG-Fraktion vom 01.09.2015 betr. Ausschussbesetzung Vorlage: ZD/0078/2015	12
12.2	Antrag der UWG-Fraktion vom 06.09.2015 betr. Ausschussbesetzung Vorlage: ZD/0079/2015	12
12.3	Antrag der Fraktion Die Aktiven vom 10.09.2015 betr. Ausschussbesetzung Vorlage: ZD/0080/2015	12
13	Anfragen	13
14	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	13
15	Termin der nächsten Sitzung: 29. Oktober 2015	13
16	Verschiedenes	13
16.1	Ampelanlage Kreuzung Teehäuschen	13
16.2	Fahrradwegführung Strümper Straße / Mataré-Gymnasium	13
16.3	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung - Beihilfenbearbeitung	14
16.4	W-Lan im Meerbusch-Gymnasium	14
16.5	Klage gegen Ausgleichumlage des Landes	14
16.6	Sireneneinrichtung	14
16.7	Edeka-Schließung am Deutschen Eck in Meerbusch-Büderich	14
16.8	Sanierung Kemperallee in Meerbusch-Lank	15
16.9	Schulorganisatorische Maßnahmen	15
16.10	Unterführung Bundesbahn in Meerbusch-Osterath	15
16.11	Gleisarbeiten Bundesbahn	15

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied
Herr Claus Fischer	Ratsmitglied
Frau Angela Gröters	Ratsmitglied
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied
Frau Helga Hermanns	Ratsmitglied
Frau Marlies Homuth-Kenkliès	Ratsmitglied
Herr Andreas Hoppe	Ratsmitglied
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied
Herr Franz-Josef Jürgens	Ratsmitglied
Herr Leo Jürgens	Ratsmitglied
Frau Norma Köser-Voitz	Ratsmitglied
Frau Renate Kox	Ratsmitglied
Herr Dieter Lerch	Ratsmitglied
Herr Daniel Meffert	Ratsmitglied
Herr Bernd Parys	Ratsmitglied
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied
Herr Gerd van Vreden	Ratsmitglied
Herr Uwe Wehrspohn	Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing	Ratsmitglied
Herr Dirk Banse	Ratsmitglied
Herr Michael Billen	Ratsmitglied
Herr Jürgen Eimer	Ratsmitglied
Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied
Herr Dieter Jüngerkes	Ratsmitglied
Herr Heinz Jürgen Kaden	Ratsmitglied
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied
Frau Nicole Niederdelmann-Siemes	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied
Frau Katja Giesen	Ratsmitglied
Herr Ralph Jörgens	Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied
 Herr Christian Welsch Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege Ratsmitglied
 Herr Joris Mocka Ratsmitglied
 Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied
 Herr Jürgen Peters Ratsmitglied
 Herr Joachim Quaß Ratsmitglied
 Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Gerd Dieter Hünsele Ratsmitglied
 Herr Marc Janßen Ratsmitglied

von der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven

Herr Wolfgang Müller Ratsmitglied
 Herr Christian Staudinger-Napp Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter
 Herr Dr. Just Gérard Beigeordneter
 Herr Helmut Fiebig Stadtkämmerer
 Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2
 Herr Heiko Bechert Bereichsleiter Fachbereich 1
 Herr Thomas Fox Bereichsleiter Rechnungsprüfungsamt
 Herr Michael Gorgs Pressereferat
 Frau Beate Heidbreder-Thören Zentrale Dienste
 Herr Björn Kerkmann Referent der Bürgermeisterin
 Herr Ulrich Mombartz Vorsitzender Personalrat
 Frau Kirsten Steffens Bereichsleiterin Fachbereich 4
 Herr Wolfgang Trapp Bereichsleiter Fachbereich 5

Schriftführer

Herr Jürgen Wirtz Bereichsleiter Zentrale Dienste

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied
 Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied
 Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Heinrich Peter Weyen Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung würdigt Bürgermeisterin Mielke-Westerlage Ratsherrn Eckert, der am 6. September 2015 verstarb.

Der nachgereichte Antrag der Fraktion Die Aktiven vom 10. September 2015 bez. Ausschussbesetzung wird mit Einverständnis des Rates unter TOP 12.3 behandelt.

Die Beratung des TOP 9 wird vorgezogen und nach TOP 3 behandelt.

Öffentliche Sitzung

1 Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verpflichtet Ratsherrn Gerd Dieter Hünseler, seine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohle der Einwohner zu erfüllen.

2 Vereidigung des Technischen Beigeordneten Michael Assenmacher und Urkundenverleihung

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage vereidigt Herrn Michael Assenmacher und überreicht ihm die Ernennungsurkunde zum Techn. Beigeordneten der Stadt Meerbusch. Die Fraktionsvorsitzenden gratulieren dem neuen Techn. Beigeordneten zur Amtsübernahme.

3 Einwohnerfragestunde

Herr Eberhard Reitz fragt unter Bezug auf TOP 9 der heutigen Sitzung des Rates, ob für das Grundstück Düsseldorfer Straße / Hoxdelle für eine Bebauung mit einem Flüchtlingsheim ein Baurecht bestehe. Frau Steffens bejaht diese Frage und erläutert, dass im vorderen Bereich eine 2-geschossige Bebauung plus Dachgeschoss möglich sei. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass derzeit bebaubare Grundstücke in städt. Eigentum identifiziert worden sei, die Bebauung selbst sei noch völlig offen.

Herr Cüneyt Özcan fragt bezüglich des Bebauungsabstandes zu den Nachbargrundstücken, der Bebauung durch private Bauträger und stellt Fragen zur Sicherheit der Anwohner. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verweist auf den Stand des Verfahrens und erklärt, die Stadt beabsichtige, die Grundstücke an gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften zur Errichtung von sozialem Wohnungsbau mit den für diesen Wohnraum gültigen niedrigen Mieten zu veräußern. Die Gebäude sollten dann zunächst bei Bedarf von der Stadt zur Unterbringung von Flüchtlingen angemietet werden.

- 4** **1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56, Meerbusch-Osterath im Bereich des Kindergartens "Knirpsmühle"**
1. Beschluss über Stellungnahmen
2. Änderung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56, Meerbusch-Osterath im Bereich des Kindergartens "Knirpsmühle"
3. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB
Vorlage: FB4/0267/2015

Beschluss:

1. Beschluss über Stellungnahmen

Der Rat der Stadt nimmt die in der 1. Änderung des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 56 während der öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB zur Kenntnis und entscheidet hierüber entsprechend Anlage 1 zu dieser Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2. Änderung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56, Meerbusch-Osterath im Bereich des Kindergartens „Knirpsmühle“

Der Rat der Stadt beschließt die Änderung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56, Meerbusch-Osterath im Bereich des Kindergartens „Knirpsmühle“ in grüner Farbe.

Es handelt sich insbesondere um

- eine redaktionelle Klarstellung zur Wasserschutzzone
- einen Hinweis zum Artenschutz.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB

Der Rat der Stadt beschließt unter eigener Abwägung der öffentlichen und privaten Belange die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56, Meerbusch-Osterath, im Bereich des Kindergartens „Knirpsmühle“, gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748) in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666/SGV.NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2015 (GV.NRW. S. 496) als Satzung mit der Begründung vom 3. Juli 2015 für ein Gebiet, das durch die Einsteinstraße, den Schwertgesweg und Wohnbauflächen begrenzt ist, maßgebend ist die Festsetzung des räumlichen Geltungsbereiches gemäß § 9 Abs. 7 BauGB in der 1. Änderung des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 56 .

Der Flächennutzungsplan wird gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.

Mit dem Inkrafttreten dieser Bebauungsplanänderung treten die entgegenstehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 56 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Damblon berichtet von den Beratungen im Ausschuss für Planung und Liegenschaften und erklärt, dass die Beschlussempfehlung an den Rat einstimmig erfolgt sei.

5 Fortführung der Maßnahmen des Integrierten Klimaschutzkonzeptes
Vorlage: FB1/0249/2015

Beschluss:

Der Rat beschließt

- die noch nicht abgeschlossenen priorisierten Maßnahmen des Integrierten Klimaschutzkonzeptes weiter zu verfolgen,
- weitere Maßnahmen aus den Maßnahmensteckbriefen sowie ausgewählte neue Maßnahmen einzuleiten,
- die Förderung als Anschlussvorhaben beim Bund zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Jürgens berichtet von den Beratungen im Bau- und Umweltausschuss und erklärt, dass die Beschlussempfehlung an den Rat einstimmig erfolgte.

6 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Düsseldorf zum Bau der Verlängerung Böhlerstraße
Vorlage: DezIII/0275/2015

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. die Verwaltung zu ermächtigen, mit der Stadt Düsseldorf auf Grundlage der unter Sachverhalt aufgeführten Eckpunkte eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zum Bau und Betrieb der Verlängerung Böhler Straße abzuschließen und
2. Verwaltungsvereinbarungen über den Bau, den Betrieb und die Ablösung von Unterhaltungsmehrkosten mit dem Landesbetrieb Straßen NRW abzuschließen.
3. Der Rat der Stadt Meerbusch stimmt gem. § 85 Abs. 1 i.V. m. § 83 Abs. 1 Sätze 3 und 4 GO NRW der überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.831.000,00 € bei dem Produkt 120 541 010 Straßen, Wege, Plätze (PSP-Element 7.120.011.32.740.001 / 7817 0000 – Verlängerung Böhlerstraße - Investitionszuschuss -) zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Jürgens berichtet von den Beratungen des Bau- und Umweltausschusses. Die Beschlussempfehlung sei einstimmig erfolgt. Auf Nachfrage von Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erklärt Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass informell besprochen sei, dass der Baubeginn noch in 2015 erfolge.

7 Neufassung der Geschäftsordnung des Rates
Vorlage: ZD/0286/2015

Beschluss:

Der Rat beschließt die beigefügte Neufassung der Geschäftsordnung des Rates.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet von den Beratungen im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss und erläutert kurz die Änderungen. Ratsfrau Niegeloh begrüßt die Aufnahme der weiblichen Form in der Geschäftsordnung.

8 Vorschriften für die Haushaltswirtschaft nach der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)
Vorlage: SFI/0248/2015

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 22 Abs.1 GemHVO, der nachstehenden Regelung zuzustimmen:

Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen sind übertragbar und bleiben bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres verfügbar.

Ermächtigungen und Auszahlungen von Investitionen bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar; bei Baumaßnahmen und Beschaffungen jedoch längstens zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Vermögensgegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann. Länger sind Haushaltsmittel für Baumaßnahmen durch einen Dritten (Straßen.NRW, Rhein-Kreis-Neuss, etc.) verfügbar, die im Rahmen einer Kostenvereinbarung für die Stadt durchgeführt werden.

Werden Investitionsmaßnahmen im Haushaltsjahr nicht begonnen, bleiben die Ermächtigungen bis zum Ende des zweiten, dem Haushaltsjahr folgenden Jahr verfügbar.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9 Maßnahmen und Standorte für die Unterbringung von Flüchtlingen in Meerbusch
Vorlage: FB2/0293/2015

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. mit den Bezirksregierungen Düsseldorf/Arnsberg eine Verlängerung der Notunterkunft des Landes in der Sporthalle des städt. Mataré-Gymnasiums bis zu den Osterferien 2016 zu vereinbaren;
2. mit den Bezirksregierungen Düsseldorf/Arnsberg die Einrichtung einer Notunterkunft des Landes im Schulgebäude und der Turnhalle der städt. Barbara–Gerretz-Schule zu vereinbaren und diese nach den Osterferien 2016 zunächst für ein Jahr zu betreiben;
3. Verhandlungen mit dem Bauverein Meerbusch e.V., GWG Viersen e.V., Wohnungs- und Siedlungs-GmbH Düsseldorf und der GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen zum Bau von Sozialwohnungen, die zunächst als Flüchtlingsunterkünfte genutzt werden können, für die Standorte „Insterburger Straße“, „Düsseldorfer Straße“, „Moerser Str.“, „Rottstraße“ und „Dickes Loch“ aufzunehmen;
4. mit der Ev. Kirchengemeinde Büderich Verhandlungen über die Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Grundstück an der „Karl Arnold Straße“ zu führen.
5. zur Vermeidung von Obdachlosigkeit von Asylsuchenden kurzfristig eine weitere Notunterkunft als Erstaufnahmeeinrichtung zu schaffen.
6. im Hinblick auf die Nutzung der BGS und des weiteren Standortes einer Notunterkunft die Anwohner zu informieren und, soweit entsprechende Informationen vorliegen, die Bürger über weitere Vorhaben rechtzeitig zu unterrichten.

Soweit die Verhandlungen mit den Wohnungsbaugesellschaften für eine zeitnahe Errichtung eines Geschosswohnungsbaus als Flüchtlingsunterkunft/Sozialwohnungen auf dem städt. Gelände „Insterburger Straße“ nicht erfolgreich sind, wird die Verwaltung beauftragt, die Ausschreibung vorzunehmen. Hierzu werden 2.200.000 € als außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung beim Produkt 010 111 140, Technisches Gebäudemanagement (PSP-Element 7.01012096.710.001/78510000 (Flüchtlingsunterkünfte)), bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch die Ermächtigung gem. § 8 Nr. 8 der Haushaltssatzung in Höhe von 691.500,-- Euro, die dann noch fehlende Deckung in Höhe von ca. 1,5 Mio. Euro erfolgt durch die Bereitstellung der VE aus dem Produkt 120 541 010, „Straßen, Wege, Plätze“ (PSP-Element 7.120.012.13.740.001 / 7811 0000 (Unterführung Bahnhof Osterath)).

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	21		
SPD	10		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG			1
Die Linke/Piratenpartei	2		
Die Aktiven	2		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	48		1

Ratsfrau Glasmacher beantragt, Punkt 3 des Beschlussvorschlages zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		21	
SPD		10	
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen		6	
UWG	1		
Die Linke/Piratenpartei		2	
Die Aktiven		2	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	1	48	

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage stellt einleitend dar, dass die Anzahl der Flüchtlinge im Jahre 2015 nochmals erheblich gestiegen sei. Nachdem bundesweit in 2014 203.000 Asylanträge verzeichnet worden seien, seien es bereits im 1. Halbjahr 2015 knapp 180.000 Anträge gewesen. Das Bundesinnenministerium habe die Prognose für das Jahr 2015 im August von 400.000 Flüchtlingen auf erwartete 800.000 korrigiert. Nach neuesten Prognosen sei die Zahl von 1 Mio. Flüchtlingen in diesem Jahr nicht unrealistisch. 200.000 davon müssten in Nordrhein-Westfalen untergebracht werden. Diese Entwicklung zwingt zu entschiedenem Handeln, um die Obdachlosigkeit der Menschen, die zu uns kommen, zu vermeiden. Meerbusch sei leider nicht in der Situation wie teilweise andere Kommunen, die über größere Leerstände bei Wohnimmobilien, Altenheime oder Krankenhäuser verfügen, so dass sich die Unterbringung als schwierig darstelle.

Der Sozialausschuss habe die Thematik in der Sitzung am 22.09. vorberaten. Sie bitte daher den Ausschussvorsitzenden Herr Focken um Bericht. Ratsherr Focken berichtet aus dem Sozialausschuss und erläutert den vom Ausschuss gefassten Empfehlungsbeschluss für den Rat, der einstimmig gefasst worden sei.

Ratsfrau Glasmacher erklärt, dass ihre Fraktion sich nach der Sitzung nochmals mit der Thematik befasst habe. Die Verwaltung solle nochmals die Anmietung von Gewerbeimmobilien am Standort Mollfeld überprüfen. Sie bitte daher den Punkt 3 aus der Beschlussfassung zu streichen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, dass es sich bei den angesprochenen Immobilien um leerstehende Bürogebäude handele, die eigentümergeit nicht für Zwecke der Unterbringung von Asylsuchenden vermietet würden. Ratsherr Damblon weist darauf hin, dass die Frage der Unterbringung eine schnelle Entscheidung mit zeitnah umsetzbaren Lösungen erforderlich mache. Diese müssten jetzt weiter verifiziert werden. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erklärt, dass zügige Entscheidungen zu treffen seien, man habe die Bilder im Kopf. Es gelte jetzt zu handeln, um würdige Unterkünfte zu schaffen und weg von Notaufnahmeeinrichtungen zu kommen. Sie würde es begrüßen, wenn ein einstimmiger Beschluss möglich wäre.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage informiert den Rat, dass der Rhein-Kreis Neuss in der Dreifachsporthalle des Berufsbildungszentrums in Grevenbroich eine Notunterkunft mit 300 Plätzen eingerichtet habe. Um einen reibungsloseren und auch Personalressourcen schonenderen Ablauf zu gewährleisten, sei in der Bürgermeisterrunde vereinbart worden, dass die Erstaufnahmen mit Registrierung und ärztlicher Untersuchung zentral an diesem Standort erfolgt und danach erst eine weitere Verteilung auf die Notunterkünfte im Kreisgebiet vorgenommen wird.

Sie schildert dann die aktuelle Situation in Meerbusch. In Meerbusch seien derzeit 394 Asylsuchende in Festbauten und Privatwohnungen untergebracht. Am 03.08.15 habe die eingerichtete Notunterkunft in der Sporthalle des Mataré-Gymnasiums mit 174 Plätzen ihren Betrieb aufgenommen. Die Plätze der Notunterkunft würden auf die Zuweisungen nach dem Königssteiner Schlüssel auf die

Aufnahmequote der Stadt Meerbusch angerechnet. Die Bezirksregierung Arnsberg habe nunmehr mitgeteilt, dass sich die Plätze innerhalb der Betriebszeit von nur 8 Wochen aufgezehrt und die Stadt bereits einen Malus von 80 Flüchtlingen hätte. Hätte die Stadt keine Notunterkunft eingerichtet, wären – die Richtigkeit der Aussage unterstellt – in den vergangenen 8 Wochen Meerbusch wöchentlich 32, monatlich 138 Flüchtlinge zugewiesen worden. Die zusätzliche Aufnahmequote in den ersten 7 Monaten 2015 lag im Durchschnitt bei 17 Personen/Monat.

Auf Nachfrage habe die Bezirksregierung mit Antwort vom heutigen Tage schriftlich mitgeteilt, Meerbusch müsse von einer Aufnahmeverpflichtung von wöchentl. 18 Flüchtlingen/Woche, mithin 78 Pers./Monat ausgehen. Unabhängig davon, dass sich die Aussagen der Bezirksregierung widersprechen, müsse sich die Stadt darauf einstellen, höhere Zuweisungen aufnehmen zu müssen.

Die Verwaltung arbeite derzeit mit Hochdruck an der Schaffung weiterer Plätze und prüfe derzeit verschiedene Optionen. Zwingend erforderlich seien, schon aus Gründen der Bewirtschaftung durch Wohlfahrtsverbände, größere Unterkünfte. Deshalb schlage sie vor, den Beschlussvorschlag aus dem Sozialausschuss um einen Punkt 5 zu erweitern. Der ergänzende Beschlussvorschlag lautet:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Vermeidung von Obdachlosigkeit von Asylsuchenden kurzfristig eine weitere Notunterkunft als Erstaufnahmeeinrichtung zu schaffen.

Die Johanniter, die auch den Betrieb im Mataré-Gymnasium übernommen haben, haben signalisiert, auch hierfür den Betrieb zu übernehmen.

In der anschließenden umfänglichen Diskussion beteiligen sich Vertreter aller Fraktionen. Sie begrüßen die ergänzende Beschlussempfehlung.

10 Berufung eines stellvertretenden Mitglieds in den Seniorenbeirat Vorlage: FB2/0289/2015

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, Herrn Jürgen L. Brake als stellvertretendes Mitglied neu in den Seniorenbeirat zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Focken berichtet aus dem Sozialausschuss.

11 Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses gemäß § 5 Absatz 1 AG-KJHG Vorlage: ZD/0090/2015

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Integrationsrat Frau Katja Giesen als ordentliches beratendes Mitglied und Herrn Joris Mocka als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss entsandt hat.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage teilt weiterhin mit, dass für den Jugendhilfeausschuss bei der Kreispolizeibehörde ebenfalls ein Wechsel der beratenden Mitglieder stattgefunden hat. Neues ordentliches beratendes Mitglied ist Herr Stefan Engel, zum stellvertretenden beratenden Mitglied wurde Herr Erik Jörg benannt.

Der Rat nimmt die Information zur Kenntnis.

12 Anträge

12.1 Antrag der UWG-Fraktion vom 01.09.2015 betr. Ausschussbesetzung Vorlage: ZD/0078/2015

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Änderung der Ausschussbesetzung:

Kulturausschuss

Vertreter	setze	Christina Gräfin von Schwerin
-----------	-------	-------------------------------

Ausschuss für Schule und Sport

Vertreter	setze	Christina Gräfin von Schwerin
	setze	Stefan van den Berg

Sozialausschuss

Vertreter	setze	Stefan van den Berg
-----------	-------	---------------------

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

12.2 Antrag der UWG-Fraktion vom 06.09.2015 betr. Ausschussbesetzung Vorlage: ZD/0079/2015

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Änderung der Ausschussbesetzung:

Bau- und Umweltausschuss

Vertreter	setze	Dr. Jörg Malkus
-----------	-------	-----------------

Ausschuss für Planung und Liegenschaften

Vertreter	setze	Dr. Jörg Malkus
-----------	-------	-----------------

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

12.3 Antrag der Fraktion Die Aktiven vom 10.09.2015 betr. Ausschussbesetzung Vorlage: ZD/0080/2015

Beschluss:

Der Rat beschließt nachstehende Änderung der Ausschussbesetzung:

Ausschuss für Planung und Liegenschaften

Ordentliche Mitglieder - beratend

streiche
setzeUlrich Mannes
Karsten WeigmannBau- und Umweltausschuss

Ordentliche Mitglieder - beratend

streiche
SetzeUlrich Mannes
Karsten Weigmann**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

13 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

14 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

15 Termin der nächsten Sitzung: 29. Oktober 2015

Die nächste Sitzung des Rates findet am 29. Oktober 2015 statt.

16 Verschiedenes**16.1 Ampelanlage Kreuzung Teehäuschen**

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes fragt, ob durch eine Optimierung der Ampelschaltung am Teehäuschen zu erreichen sei, dass die Wartezeit (teilweise 20 Minuten) der Autofahrer vor der Ampel der Straße Haus Meer verkürzt werden kann und wenn dies nicht gelinge, ob die Anbringung eines grünen Rechtspfeiles möglich sei.

Anmerkung des Schriftführers: Ein grüner Rechtspfeil ist mit Rücksicht auf den querenden Fahrradverkehr unzulässig.

16.2 Fahrradwegführung Strümper Straße / Mataré-Gymnasium

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes fragt nach, wie die Fahrradwegführung im Bereich der Strümper Straße nach Fertigstellung aussehen werde. Zudem würden die Fahrradfahrer/innen bei Ausfahrt vom Schulhof des Mataré-Gymnasiums spät gesehen und so entstünden prekäre Situationen. Bezüglich des Ausbaues des Radweges Strümper Straße wird die Verwaltung im nächsten Bau- und Umweltausschuss berichten. Bezüglich einer möglichen Gefährdung des Fahrradverkehrs am Mataré-Gymnasium nimmt Dez. II Kontakt mit der Schulleitung auf.

16.3 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung - Beihilfenbearbeitung

Ratsherr Jüngerkes erklärt, dass in der nächsten Sitzung des Kreisausschusses eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung des Kreises mit der Stadt Meerbusch hinsichtlich der Übernahme der Beihilfenbearbeitung besprochen werden solle. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage ist überrascht, dass dies dort schon thematisiert wird. Fakt sei, dass man dem Kreis vorbehaltlich der Zustimmung des Personalsrates und der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel durch den Rat für das Haushaltsjahr 2016 signalisiert habe, ab dem 01.04.2016 bei der Beihilfesachbearbeitung interkommunal zusammenarbeiten zu wollen.

16.4 W-Lan im Meerbusch-Gymnasium

Ratsherr Neuhausen stellt fest, dass in der heutigen Sitzung des Rates die W-LAN-Verbindung gestört sei. Die Verwaltung sagt eine Überprüfung der Anlage zu.

16.5 Klage gegen Ausgleichsumlage des Landes

Ratsherr Wehrspohn fragt nach dem Sachstand des Klageverfahrens hinsichtlich der Abundanzumlage. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, dass die Klage zusammen mit weiteren 72 Kommunen erhoben worden sei. Derzeit habe das Land beim Gericht um Fristverlängerung zur Klageerweiterung bis zum 30.09.2015 gebeten.

16.6 Sireneneinrichtung

Ratsherr Wehrspohn nimmt Bezug auf die Beratungen hinsichtlich der Verbesserung des Sirensystems und fragt nach dem Stand der Angelegenheit. Erster Beigeordneter Maatz erklärt, dass zunächst die Frage zu klären war, welche Technologie eingesetzt werde. Die Grundlagen seien mit externer Hilfe erarbeitet worden, die Beschaffungen würden in diesem Jahr abgewickelt. Bis zum Ende des Jahres würde die Maßnahme durchgeführt.

16.7 Edeka-Schließung am Deutschen Eck in Meerbusch-Büderich

Ratsherr Staudinger-Napp nimmt Bezug auf die bevorstehende Schließung des EDEKA-Marktes am Deutschen Eck Ende Oktober diesen Jahres. Die dort ansässigen Geschäftsleute hätten große Sorge, wenn der Ankermieter sein Geschäft schließe. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage nimmt Bezug auf ihre Ausführungen im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss und erklärt, dass der Vermieter Verhandlungen bezgl. der Anschlussvermietung führe. Die Verwaltung unterstütze die Bemühungen und habe auch selbst Gespräche mit einem potentiellen Betreiber, der Fa. REWE Gespräche geführt. Mit Hinweis auf die Infrastruktur der Verkaufsfläche aber auch der Parkmöglichkeiten sei REWE an einem Betrieb an diesem Standort nicht interessiert.

16.8 Sanierung Kemperallee in Meerbusch-Lank

Frau Glasmacher erklärt, sie sei verwundert, dass bei der Sanierungsmaßnahme „Kemperallee“ die im Jahre 2006 angepflanzten Straßenbäume ersetzt werden sollen. Maximal 3-4 Bäume hätten Wachstumsnachteile. Sie bittet die Verwaltung, dies nochmals zu überprüfen. Ratsherr Fischer erklärt, dass es nicht ohne weiteres möglich sei, angewachsene Straßenbäume umzupflanzen.

Anmerkung des Schriftführers: Die Problematik der Straßenbäume wird seitens der Verwaltung bei Vorlage der Ergebnisse der Bürgeranhörung im Bau- und Umweltausschuss thematisiert. Angesichts des derzeitigen Planungsstandes kann zu der Fragestellung abschließend noch keine Stellungnahme abgegeben werden.

16.9 Schulorganisatorische Maßnahmen

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes fragt angesichts des nun beabsichtigten früheren Umzuges der Barbara-Gerretz-Schule in das Gebäude der Hauptschule, ob mit schulorganisatorischen oder finanziellen Problemen zu rechnen sei. Erster Beigeordneter Maatz verneint dies.

Auf Nachfrage erklärt Erster Beigeordneter Maatz, dass die Entscheidung über die Besetzung der Schulleiterstelle an der zusammengeführten Grundschule für Mitte Oktober avisiert sei.

16.10 Unterführung Bundesbahn in Meerbusch-Osterath

Ratsherr Fischer fragt nach dem Stand der Erarbeitung der Verwaltungsvereinbarung bzgl. der Bahnunterführung im Stadtteil Osterath.

Anmerkung des Schriftführers:
Es gibt keinen neuen Sachstand.

16.11 Gleisarbeiten Bundesbahn

Ratsherr Banse fragt nach, ob die Arbeiten an den Gleisen der DB-Strecke wie von der Bahn avisiert, am 25.09.2015 abgeschlossen seien. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, dass der Verwaltung hierzu keine anderen Informationen vorlägen.

Meerbusch, den 30. September 2015

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Jürgen Wirtz
Schriftführer/in